

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 265 (1992)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1990 bis 15. Mai 1991

In der Berichtsperiode waren die an Bedeutung alle anderen Vorkommnisse und Entwicklungen weit überragenden weltpolitischen Ereignisse einerseits die Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile von Deutschland zu einem nunmehr gesamtdeutschen Bundesstaat, andererseits die mit der überfallartigen Besetzung des unabhängigen Emirats Kuweit durch Irak ausgelöste Golfkrise. Diese eskalierte schliesslich zu einem von der UNO sanktionsierten Krieg. Während das ersterwähnte dieser beiden weltbewegenden Ereignisse sich bereits im Jahr zuvor mit dem spektakulären Bruch der berüchtigten Mauer an der Grenze der DDR zur Bundesrepublik und mit dem sich rasch abzeichnenden Kollaps des kommunistischen Regimes in der DDR deutlich angekündigt hatte, verschob sich die Krise am Golf im Verlauf weniger Monate überraschend von der diplomatischen und politischen auf die militärische Ebene. Dieses dramatische Szenario war nicht vorauszuahnen.

Wenden wir uns zuerst dem letzterwähnten dieser erstrangigen Ereignisse zu, dem Golfkrieg. Zwar war schon seit geraumer Zeit zwischen Irak und Kuweit wegen Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der Grenze das Vorhandensein einer auf- und abebbenden Spannung festzustellen gewesen; aber es sah durchaus so aus, als ob die Streitpunkte – so die territoriale Zugehörigkeit von zwei Inseln an der Mündung des Schatt-el-Arab, eine genaue Grenzmarkierung in der Wüste und die Nutzungsrechte am Ölfeld von Rumaila, welches aus Irak in kuwaitisches Gebiet hineinragt, – in direkten Gesprächen friedlich beigelegt werden könnten. Dem war aber nun nicht so. Vielmehr beschritt der irakische Diktator Saddam Hussein am 2. August plötzlich und entgegen allen vorher gemachten Zusicherungen den Weg der Ge-

walt, indem er das ölreiche Emirat Kuweit in einem militärischen Handstreich kurzerhand einkassierte.

Der irakische Gewalthaber hatte es offensichtlich, nachdem der von ihm 1980 gegen Iran vom Zaun gerissene Krieg trotz horrender Kosten und Blutopfer Irak keinerlei Vorteile eingebracht hatte, schon seit längerer Zeit auf die Annexion von Kuweit und die Inbesitznahme von dessen ergiebigen Ölquellen abgesehen. Zugleich sollte dies als Basis und Sprungbrett nach Saudi-Arabien dienen. Diese Absicht geht deutlich daraus hervor, dass Saddam den Übergriff auf das kleine Nachbarland mit einem Aufruf an die Araber verband, die Dynastie der Saudis zu stürzen und die heiligen Stätten des Islam, Medina und Mekka, «von den Ungläubigen zu befreien». Er wollte sich mit geschickter religiöser Drapierung als grosser Führer einer erneuerten und erfolgversprechenden panarabischen Bewegung aufspielen. Diese erstrebte Rolle erklärt auch die von langer Hand inszenierten, kostspieligen, auf den Besitz von schlagkräftigen und weitreichenden Waffen ausgerichteten Rüstungsanstrengungen Iraks mit Hilfe der Sowjetunion und Frankreichs.

Aber wie mehrmals zuvor, täuschte sich Saddam in der Einschätzung seiner Möglichkeiten und der möglichen Reaktion der anderen. Er rechnete mit der Passivität und mangelnden Entschlusskraft der übrigen Welt, obwohl deren Interessen mit seinem Griff nach Gebieten, welche 40 % des Weltvorkommens an Erdöl bergen, existenziell gefährdet wurden. Er fühlte sich in seiner irriegen Meinung im übrigen durch eine unglückliche Äusserung der amerikanischen Botschafterin April Glaspie bestärkt, die ihm gegenüber noch Ende Juli gesagt hatte, Amerika sei «an den Grenzstreitigkeiten zwischen Irak und Kuweit nicht interessiert». Diese beiläufige Bemerkung hat Saddam als grünes Licht für seinen Beutezug auf das wehrlose, kleine Nachbarland interpretiert. Indessen, wenige Tage nach dem Überfall auf Kuweit, beschloss die UNO in seltener Einmütigkeit harte Wirtschaftssanktionen gegen den Rechtsbrecher in der Hoffnung, dass dadurch ein Rückzug des Angreifers erwirkt werden könne. Die Sanktio-

nen gegen Irak wurden in der Folge sukzessive verschärft; und sie wurden ergänzt durch die Bereitstellung einer multinationalen Streitkraft zur See und zu Land in der Region der Arabischen Halbinsel. Deren Kern bildeten von Anfang an amerikanische Kräfte. Die einstweilige Aufgabe dieses militärischen Einsatzes war einerseits die Durchsetzung der Blockade Iraks und andererseits der militärische Schutz Saudi-Arabiens vor einer zu befürchtenden Offensive Iraks.

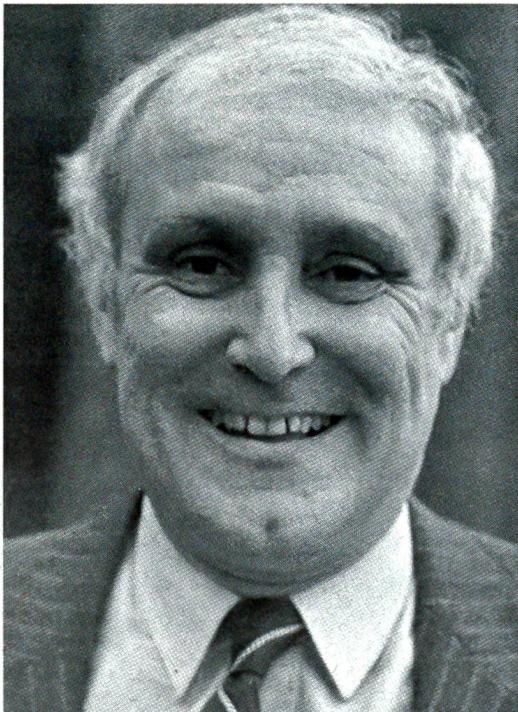
Je unwahrscheinlicher der Erfolg der Sanktionenpolitik wurde, desto intensiver wurde die vor allem amerikanische Militärpräsenz, sekundiert von anderen Streitkräften von Mitgliederländern der UNO – so übrigens auch von Truppenteilen aus Ägypten und Syrien –, erweitert. Dieses militärische Potential konnte nun allenfalls nicht nur zu defensiven, sondern auch zu offensiven Zwecken verwendet werden. Schliesslich, nachdem bereits in einer Resolution des Sicherheitsrats vom 29. Oktober «weitere Massnahmen» gegen Irak angedroht worden waren, erfolgte am 29. November ein formelles Ultimatum der UNO, das auf den 15. Januar befristet war. Wenige Stunden nach Ablauf dieses Ultimatums, nachdem noch ein sowjetischer und ein französischer letzter Vermittlungsversuch gescheitert war, begannen die Kriegshandlungen mit massiven Luftbombardementen gegen militärische und strategische Ziele in Kuweit und Irak, die dann wochenlang zwecks Schwächung und Zermürbung des Gegners systematisch fortgesetzt wurden. Irak büßte schon in den ersten Stunden der Kampfhandlungen die Luftherrschaft über seinem Gebiet

ein und vermochte fortan nur noch wenig aktive Gegenwehr zu bieten. Immerhin war es Saddam noch möglich, Scud-Raketen gegen Ziele in Israel zum Einsatz zu bringen, die aber den Kriegseintritt Israels nicht zu provozieren vermochten, von welchem sich Saddam einen fanatischen Solidarisierungseffekt aller arabischen «Bruderländer» versprochen hatte.

Das Finale der Landoffensive gegen Irak (sog. «Wüstensturm») liess bis zum 24. Februar auf sich warten. Als es begann, wurde in wenigen Tagen Kuweit befreit; eine französische Panzerkolonne erreichte in kühnem Vorstoss durch die Wüste die Ufer des Euphrat; und in einer offenen Panzerschlacht wurden die Elitetruppen von Saddam Hussein von den Amerikanern vernichtend geschlagen. Die regulären irakischen Truppen ergaben sich überall fast kampflos. Zehn Tage nach Beginn des «Wüstensturms» konnte der tüchtige amerikanische Oberkommandierende, General Norman Schwarzkopf, Präsident Bush melden,

dass das operative Ziel erreicht sei. In einem Zelt mitten in der Kriegszone wurde hierauf mit irakischen Offizieren ein Waffenstillstand vereinbart.

Bemerkenswert ist, dass der rasche Sieg der Koalition dank dem gekonnten Einsatz von ultramodernen «Gadgets» der elektronischen Technologie und dank der brillanten Planung und operativen Führung mit einem überraschend geringen Blutzoll von weniger als 300 Toten und nur geringen Materialverlusten auf



Flavio Cotti
Bundespräsident für das Jahr 1991
(Photo Peter Friedli, Bern)

seiten der UNO erzielt werden konnte, wobei Iraks anfänglich immerhin imposantes Kriegspotential fast vollständig zerstört worden ist. Andererseits waren die Verluste auf irakischem Seite unabsehbar gross. Es gelang Irak lediglich, in der Golfregion gewaltige ökologische Schäden herbeizuführen: ein Teil der Küste wurde durch einen absichtlich verursachten Ölteppich verseucht, und etwa 600 der rund 1000 Ölquellen in Kuwait sind in Brand gesetzt worden. Diese Umweltschäden hatten indessen keinen Einfluss auf die Kriegsführung; aber die bewirkten Milliardenverluste können zum Teil erst nach Jahren und unter gigantischem Kostenaufwand gutgemacht werden!

Um in der Region kein gefährliches Machtvakuum mit unabsehbaren Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten auszulösen, verzichteten die Amerikaner auf die Fortsetzung des Krieges, die Eroberung und Besetzung des ganzen Irak, ja sogar auf die aktive Beseitigung des durch die Niederlage schwer angeschlagenen Diktators

von Bagdad. Allerdings hätte auch der Wortlaut des Sanktionenbeschlusses der UNO, der sich ausschliesslich auf die Befreiung von Kuwait bezog, eine solche Ausdehnung der Kriegsziele nicht mehr abgedeckt. Eine Folge des frühzeitigen Waffenstillstands war jedoch ein unvorhergesehenes, wahrhaft tragisches Nachspiel: So wohl die schiitische Minderheit im Süden wie auch die Kurden im Norden Iraks wünschten nämlich nun die Stunde gekommen, sich vom Joch des verhassten Gewalthabers in Bagdad durch Aufstände zu befreien. Beide Aufstände scheiterten jedoch, weil Saddam im Innern noch genügend militärische Reserven in der Hand hatte, um beide Rebellionen zu unterdrücken. Hierauf setzte sich im Norden ein Flüchtlingsstrom von Hunderttausenden von um ihr Leben bangenden Kurden in Richtung der Berge und der Grenzen zu Iran und zur Türkei in Bewegung. Unzählige erfroren auf diesem improvisierten Treck, verhungerten oder starben an Erschöpfung und Krankheiten, derweilen es lange, allzu lange dauerte, bis organisierte internationale Hilfe die unabsehbare Masse von Flüchtlingen in diesem unwegsamen Gelände erreichen konnte.

Kurdenführer Massoud Barzani gelang es schliesslich, in Bagdad eine Vereinbarung auszuhandeln, gemäss welcher der nördliche und nordöstliche Teil des von jeher von Kurden besiedelten Gebiets in Irak zu einem Sanktuarium erklärt und inskünftig einer beschränkten Autonomie teilhaftig werden soll. Die UNO soll durch eine beschränkte Präsenz für eine Garantie dieses Sonderstatus sorgen. Ob dem bisher immerzu um seine politische Unabhängigkeit betrogenen Volk der über



Brennende Ölquellen in Kuwait

Auf ihrem Rückzug vor den UNO-Streitkräften setzten die irakischen Besetzungstruppen etwa 600 der rund 1000 Ölquellen in Kuwait in Brand.

(Photo: Ringier Dokumentationszentrum Zürich)

fünf Staatsgebiete aufgeteilten rund 20 Millionen Kurden nunmehr ein günstigeres Geschick beschieden sein wird als bisher, ist allerdings nach wie vor fraglich.

* * *

Was das zweite wichtige Ereignis von historischer Bedeutung in der Berichtsperiode, die *Wiedervereinigung von Deutschland*, anbelangt, so gab es diesbezüglich in der Zielgeraden kaum mehr irgendwelche Überraschungen. Der Wille zur Einheit war schon im Vorjahr hinlänglich erkennbar geworden, und der neuen Koalitionsregierung unter Lothar de Maizière blieb nur noch die Aufrechterhaltung von Verwaltung und Ordnung in der todkranken DDR bis zum Vollzug der Vereinigung übrig. Anfang Juni fanden die für die Regelung der Souveränitätsfrage notwendigen Zwei-plus-vier-Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten statt, worauf am 1. Juli die verabredete Währungsunion mit Ablösung der Ost-Mark durch die DM in Kraft trat. Der formelle Beitrittsbeschluss der Volkskammer der DDR vom 23. August und der zweite Staatsvertrag über die deutsche Einheit von Ende August sowie der erfolgreiche Abschluss der Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten am 12. September in Moskau machten es möglich, dass am 3. Oktober die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit der gleichzeitigen Zuerkennung der vollen Souveränität termingerecht vorgenommen werden konnte. In einem feierlichen Akt wurde an diesem Tag um Mitternacht vor dem Reichstag in Berlin die deutsche Fahne gehisst als symbolisches Zeichen der wiedererstandenen Einheit Deutschlands.

Am 13. September hatten die Aussenminister der Sowjetunion und der BRD im übrigen einen Vertrag über «gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit» abgeschlossen, der später ergänzt worden ist durch einen Vertrag mit Polen, in welchem die bestehenden Grenzen als endgültig anerkannt worden sind. Die UdSSR hatte schon am 17. Juli zugestanden, dass das vereinigte Deutschland über seine Bündniszugehörigkeit frei entscheiden könne und dass der



General Norman Schwarzkopf
Der Oberkommandierende der alliierten Truppenverbände im Golfkrieg konnte dank brillanter Planung und überzeugender operativer Führung innert weniger Tage Kuwait befreien und den irakischen Gegner vernichtend schlagen.
(Photo: Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

Abzug der sich noch auf deutschem Territorium aufhaltenden Sowjettruppen binnen maximal vier Jahren erfolgen werde. Die Sowjetunion setzte als Gegenleistung Deutschlands dessen Verpflichtung durch, nicht mehr als 370 000 Mann eigener Truppen zu halten und einen hohen Milliardenbetrag an den Unterhalt der sowjetischen Truppen in Deutschland und nach deren Heimkehr zu deren Unterbringung in der Sowjetunion zu entrichten. Auch Frankreich kündigte einen Truppenrückzug an; dessen Truppenstärke auf deutschem Boden soll von 50 000 auf 25 000 Mann reduziert werden, derweilen die USA die Absicht äusserten, 60 000 Mann amerikanischer Truppen aus Deutschland abzuziehen.

Am 2. Dezember fanden die ersten gesamtdeutschen Parlamentswahlen statt. In diesen Wahlen erzielte die bisherige Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP eine klare Mehrheit, während die SPD eine schwere Niederlage einstecken musste und die Grünen wegen Nichterreichens der Fünf-Prozent-Hürde sämtliche Sitze im Bundestag einbüssten. In den am 14. Oktober abgehaltenen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern im Osten war übri-

gens bereits die CDU als Sieger in vier dieser Länder hervorgegangen; nur in Brandenburg vermochte die SPD ihrerseits eine Mehrheit zu erringen.

Durch diese politische Strukturveränderung in Mitteleuropa ist das Machtgefüge auf dem Alten Kontinent entscheidend verschoben worden. Deutschland mit nunmehr 79 Millionen Einwohnern ist wieder zum bevölkerungsstärksten Land in Europa avanciert und wird inskünftig auch in bezug auf das wirtschaftliche Potential wieder mit Abstand den ersten Rang einnehmen. Ist diese Entwicklung bedenklich? Solange Deutschland fest in den europäischen Integrationsprozess und in die Nato oder eine ähnliche Verteidigungsgemeinschaft eingebunden bleibt, dürfte sein wieder erreichter Vorrang von den anderen europäischen Ländern kaum als Gefahr, sondern vielmehr als ein willkommener Beitrag zur Stabilität und Sicherheit des Kontinents betrachtet werden. Das vereinte Deutschland könnte berufen sein, durch eine besonnene Ostpolitik den ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion den Weg zum Anschluss an das übrige Europa zu ebnen, ja vielleicht sogar den Brückenbau zu einer von Grund auf verwandelten Sowjetunion in die Wege zu leiten oder zu erleichtern.

Im übrigen sind die Anforderungen an eine erfolgreiche Bewältigung der «Konkursmasse» der vormaligen DDR in finanzieller, ökonomischer, ökologischer und organisatorischer Beziehung so enorm, dass während mindestens eines vollen Jahrzehnts Deutschland einen wesentlichen Teil seiner verfügbaren Ressourcen und Energien auf die Sanierung dieser wahrhaft katastrophalen «Erbschaft» wird konzentrieren müssen. Latente Rivalitäten werden dadurch in Europa vorerst einmal stark zurückgebunden. Am schwierigsten erweist sich die Übertragung der sozialen Marktwirtschaft mit gerecht geregelten Eigentumsverhältnissen auf die fünf neu entstandenen Bundesländer, weil es diesen nach 40 Jahren kommunistischer Herrschaft mit Planwirtschaft und Gleichmacherei auf niedrigem Erwartungsniveau noch allenthalben an den fundamentalen Voraussetzungen, am Willen zur Leistung und an der Bereitschaft zum privaten



Premierministerin Maggie Thatcher zurückgetreten
Mehr als elf Jahre lang leitete Margaret Thatcher die Geschicke Grossbritanniens, Ende November 1990 trat sie zurück. Zwei Monate vorher, anlässlich eines Besuches in der Schweiz (unser Bild), bewundert Frau Thatcher im Lohn bei Kehrsatz den Sennenhund des Hausmeisters.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Risiko und zur persönlichen Initiative fehlt. Die notwendigen Investitionen zur Sanierung und zum Aufholen der neuen Bundesländer werden jetzt, nachdem die anfängliche, verständliche Euphorie verflogen ist und die Sachverhaltsanalysen vor Ort eine sehr viel skeptischere Beurteilung der Lage ergeben haben, auf gegen 2 Billionen DM heutigen Werts geschätzt!

Dass diese gigantischen finanziellen Leistungen der «Wessis» zugunsten der «Ossis», die schon eingesetzt haben, bei den letzteren noch keine Dankbarkeit auslösen, erklärt sich leicht. In der ersten Phase der Umstellung veralteter, leistungsschwacher «volkseigener Betriebe» auf der realen Nachfrage der Märkte angepasste Produktionsstätten wird natürlicherweise eine grosse Zahl von unrationell eingesetzten oder überflüssigen Arbeitskräften freigesetzt, für welche in vielen Fällen nicht sofort wieder eine nützliche Verwendung gefunden werden kann. Die zunächst lawinenartig anschwellende Arbeitslosigkeit bei (noch) nicht in Erfüllung gehenden, zum Teil auch übertriebenen Wohlstandserwartungen führte denn auch prompt weniger als ein Jahr nach dem überbordenden Jubel über die Beseitigung des maroden kommunistischen Regimes und über die Einheit Deutschlands zu Enttäuschung und Frustration. Diese negativen Gefühlsreaktionen haben sich in offenen Massendemonstrationen der Unzufriedenheit mit dem neuen Zustand Luft verschafft. Bundeskanzler Kohl sah sich veranlasst, im Osten persönlich aufzutreten, um Öl auf die Wogen zu giessen; beispielsweise in Halle wurde er feindselig empfangen und mit faulen Eiern beworfen! Die Verhältnisse werden sich jeden-



Das Botta-Zelt zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft

Diese eindrucksvolle Konstruktion des weltberühmten Tessiner Architekten Mario Botta stand zuerst in Bellinzona, kam dann nach Bern und anschliessend an die grosse Handels- und Industriemesse nach Hannover. Das Zelt wird im Laufe des Jahres noch eine Rundreise zu verschiedenen Standorten in unserem Land antreten.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

falls in den neuen Bundesländern zunächst eher noch verschlechtern, bevor dann der wirtschaftliche und soziale Aufstieg als Folge der Wohlthaten einer funktionierenden Marktwirtschaft allgemein sichtbar wird.

* * *

Das Berichtsjahr war geprägt von vielfältigen *diplomatischen Tätigkeiten*. Es kam zu mehreren «Gipfeltreffen», unter denen dasjenige von 34 Staats- und Regierungschefs der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Paris vom 21. November eine Sonderstellung einnimmt. Hier wurde nämlich die Epoche des Kalten Krieges formell für beendet erklärt und eine «Charta für ein neues Europa» unterzeichnet. Darin figuriert die Demokratie als einzige Regierungsform aller Teilnehmer-Staaten an der Konferenz. Vor diesem Höhepunkt der Entspannung im Ost-West-Verhältnis war bereits zwei Tage vorher ein Vertrag zwischen den Mitgliederländern der Nato und des Warschauer Pakts über die konventionelle Ab-

rüstung in Europa und die Beendigung der gegenseitigen Bedrohung zustande gekommen.

Die Aussöhnung zwischen den USA und der UdSSR überstand mehrere Belastungsproben – so unter anderem wegen militärischer Interventionen sowjetischer Streitkräfte in den baltischen Staaten – erfolgreich. Präsident Bush und Gorbatschow trafen sich zu zweien Malen persönlich, wobei sie am 1. Juni in Washington mehrere Verträge und Absichtserklärungen, darunter über die Verminderung strategischer Waffen und die Reduktion der C-Waffenarsenale, sowie einen Handelsvertrag signierten. Allerdings wurde ein weiteres Gipfeltreffen, das in Moskau hätte stattfinden sollen, im Januar auf einen unbestimmten, späteren Zeitpunkt verschoben.

An einem Treffen der sieben wichtigsten Industriestaaten des Westens (G 7) am 22. Januar in New York wurde Polen und Ägypten je ein Drittel ihrer Auslandsschulden erlassen. Deutschland und Japan machten gegenüber den

USA bindende Zusagen für eine milliarden schwere Mitbezahlung der Kosten des Golfkriegs.

Was die Europäische Gemeinschaft anbelangt, so steht die Schaffung einer Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung im Vordergrund. Am Horizont zeichnet sich auch die Weiterentwicklung der EG zu einer politischen Union ab, in welcher sogar eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zur Debatte steht.

Das Nahziel der EG ist und bleibt aber die Vollendung eines umfassenden Binnenmarkts auf die Jahreswende 1992/93 hin. Damit koordiniert werden soll die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), in welchem die EFTA-Länder den äusseren Kreis, die EG den inneren Kreis bilden sollten. Diese letzteren Verhandlungen sind allerdings nicht reibungslos über die Runden gekommen, weil das ursprüngliche, von EG-Kommissionspräsident Delors skizzierte Ziel nach und nach verändert worden ist. Statt eines auf Dauer eingerichteten

EWR zeigt sich immer mehr, dass er lediglich als Warteraum zum späteren Beitritt der EFTA-Länder zur EG verstanden wird! Österreich hat in der Zwischenzeit bereits ein Beitrittsgesuch zur EG gestellt, während dasjenige von Schweden in diesem Sommer erwartet wird; auch Norwegen und Finnland machen Miene, gelegentlich dasselbe zu tun. Gegenwärtig ist es noch unsicher, wie die EWR-Verhandlungen enden werden.

Schliesslich ist an der diplomatischen Front auf dem Niveau der Weltpolitik noch ein nachhaltiger Versuch der Vereinigten Staaten zu verzeichnen, nach dem Golfkrieg nun die jahrzehntelange Kon-



Flugzeugkatastrophe bei Zürich

Eine DC-9 der italienischen Fluggesellschaft Alitalia zerschellte beim Landeanflug auf den Flughafen Kloten am Stadlerberg bei Weiach ZH. Das Unglück forderte 46 Todesopfer. Die Maschine verunglückte infolge eines viel zu tiefen Anflugs auf den Landeort.

(Photo: Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

frontation der arabischen Länder mit Israel, die – mit Ausnahme der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Israel und Ägypten – an Virulenz nichts verloren hat, aus dem Weg zu räumen und dort eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Trotz mehreren Reisen von Staatssekretär Baker und der Mitwirkung des sowjetischen Aussenministers Bessmertnich sind aber bis jetzt keine Fortschritte zu verzeichnen. Das Misstrauen Israels ist, nachdem es im Golfkrieg Opfer einer Raketenbeschissung aus Irak geworden ist und Syrien seine Hand inzwischen auf Libanon gelegt hat, eher noch gewachsen.

Ausserdem hat die Solidarisierung der Palästinenser mit Saddam Hussein zur Unannehmbarkeit der von Arafat angeführten PLO geführt. Die Aufstandsbewegung der Intifada hat natürlich alles andere als den Boden für eine Versöhnung geebnet, während andererseits Israel mit der Ansiedlung von Juden in den besetzten Gebieten diesseits des Jordan provokativ fortfährt. Ein hoffnungsvolles Novum ist immerhin, dass die Sowjetunion nunmehr in diesem Teil der Welt mit den USA am gleichen Strick zieht.

* * *

Die Chronik der Ereignisse in einzelnen Ländern hat sich auf eine Auswahl zu beschränken: In der Sowjetunion vermochte sich Gorbatschow, nunmehr mit weiteren Vollmachten versehen, trotz zunehmender Kritik – nicht zuletzt aus dem Mund seines jetzt zurückgetretenen Aussenministers Schewardnadse – gegenüber allen Herausforderungen an der Macht zu be-



Zugsungluck im Tunnel bei Bern

Beim Zusammenstoß von zwei Zugskompositionen der Regionalbahn Bern–Solothurn (RBS) im Tunnel etwas ausserhalb des Berner Bahnhofes wurden elf Personen teils schwer verletzt.

(Photo: Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

haupten. Ohne seinen kühnen Reformzielen abzuschwören, sah er sich doch genötigt, Wasser in den Wein zu giessen. Das Sozialprodukt sinkt, die Staatsschuld wächst, die Inflation hat inzwischen gefährliche Ausmasse angenommen. Der neue Ministerpräsident der UdSSR, Pawlow, der an die Stelle von Ryschkow getreten ist, führt zwar die Liberalisierungspolitik zögernd und schrittweise weiter, derweilen aber starke Preiserhöhungen, die ungeschickte, plötzliche Ungültigerklärung aller Banknoten zu 50 und 100 Rubel und die nach wie vor leeren Regale in den Kaufläden den psychologischen Bogen der Geduld überspannt haben. Es ist zu regimefeindlichen Massendemonstrationen gekommen wie niemals zuvor. Der Versuch Gorbatschows, der Sowjetunion einen neuen Unionsvertrag zu verpassen, kündigt eine Strukturkrise an, weil die Interessenkollision zwischen den Kompetenzen der einzelnen Republiken und der Zentralgewalt vorprogrammiert ist. Das am 17. März abgehaltene Referendum über die

«Notwendigkeit der Erhaltung der Sowjetunion» hat zwar in der Russischen Föderation, in Weissrussland und in der Ukraine sowie in den muslimischen Republiken beeindruckende Ja-Mehrheiten gezeitigt; aber der Wille zur Sezession ist in den baltischen Staaten, in Moldawien, Georgien und Armenien einhellig. Die weitere Entwicklung ist in dieser Beziehung nicht vorauszusehen, zumal sich die heutige Machtbasis von Gorbatschow, die Armee, die Kommunistische Partei (KPdSU) und die zentralstaatliche Bürokratie, gegen irgendwelche Abspaltungen stemmt.

Eine eigenartige Parallelität zu diesen Problem in der Sowjetunion hat sich im Vielvölkerstaat *Jugoslawien* herausgebildet. Dort sind Kroatien, Slowenien und Mazedonien fest gesonnen, aus dem von Tito gezimmerten föderativen Gebilde auszuscheren. Die Spannungen führten im Verlauf des Berichtsjahres immer mehr zu einer eigentlichen Zerreissprobe; insbesondere ist das Verhältnis zwischen Serbien und

Kroatien, eingedenk ihres geschichtlich bedingten Haders, im Verlauf der Auseinandersetzung über ideologische, staatspolitische und wirtschaftliche Fragen so brisant geworden, dass der Ausbruch eines Bürgerkriegs zu befürchten steht. Serbien, das sich in den letzten Wahlen, im Gegensatz zu Slowenien und Kroatien, mehrheitlich zum Kommunismus bekannte, ist seinerseits innerlich zerstritten. Es hält auch die albanischstämmige Provinz Kosovo unter seinem harten Daumen, während die Provinz Wojwodina, ebenfalls mehrheitlich von Nicht-Serben besiedelt, ihrerseits ihrer vorherigen Autonomie beraubt worden ist und gegen den Stachel löckt. Nur ein Wunder kann in Jugoslawien noch das Schlimmste verhüten!

In *Deutschland* zeigen sich Ermüdungserscheinungen der CDU. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, ist am 13. Januar überraschend zurückgetreten. Er war beschuldigt worden, aus seinem Amt in Form von fremdfinanzierten Dienst- und Ferien-

reisen unlautere Vorteile gezogen zu haben. Zu seinem Nachfolger wurde Erwin Teufel bestimmt. Auf den 1. Juli anberaumte Steuererhöhungen sind sehr unpopulär und schmerzen um so mehr, als Bundeskanzler Kohl versprochen hatte, dass die Einheit Deutschlands keine höheren Steuern nach sich ziehen werde. Am 2. April ist Detlev Rohwedder, der Präsident der deutschen Treuhandanstalt in Berlin, von einem Mordkommando der sich auf diese Weise wieder in Erinnerung rufenden RAF ermordet worden. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 21. April brachte eine sehr schwere Niederlage



Abfahrts-Gold für die Schweizer

An den Skiweltmeisterschaften der Alpinen in Oesterreich holte der Schweizer Franz Heinzer in der Königsdisziplin die Goldmedaille. Sein Mannschaftskollege Daniel Mahrer wurde Dritter und gewann die Bronzemedaille.

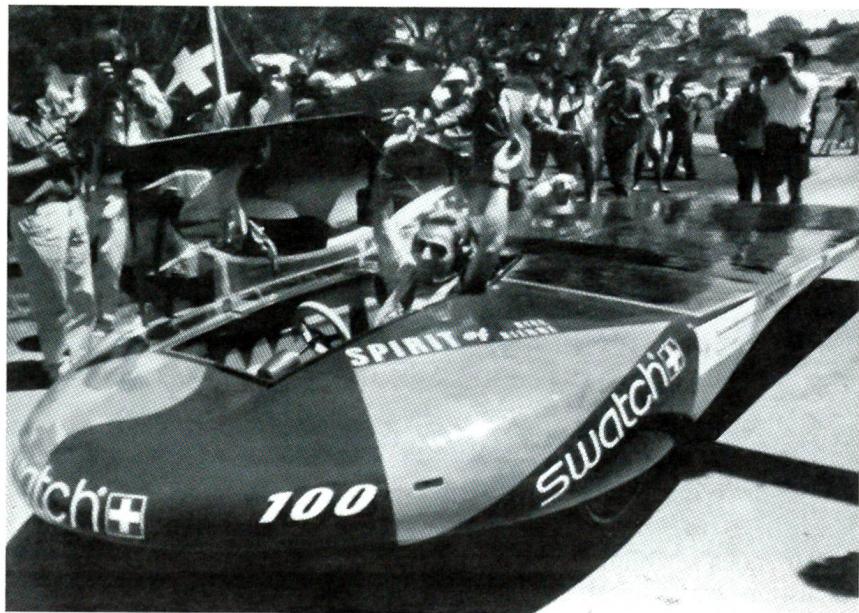
(Photo: Keystone-Press, Zürich)

der CDU; sie wurde dort von der SPD mit 45 % der Stimmen weit überflügelt. Durch den Übergang dieses Bundeslandes ins Lager der SPD verlor die CDU ihre bisherige Mehrheit im Bundesrat!

In Frankreich war das wichtigste Ereignis der Rücktritt von Ministerpräsident Rocard am 15. Mai, der durch ein Machtwort von Präsident Mitterrand hinter den Kulissen herbeigeführt worden ist. Nachfolgerin wurde Edith Cresson, die als eine Sozialistin links von der Mitte gilt. Mitterrand dürfte sie begünstigt haben im Blick auf die nächsten Wahlen, in denen die Linke vorsorglich zu einigen ist, wenn der drohende Rechtsrutsch gekontert werden soll.

Der spektakulärste Wechsel ist in Grossbritannien geschehen. Die langjährige Premierministerin Thatcher, nachdem sie von ihrer Partei, den Konservativen, knapp nicht mehr als Vorsitzende gewählt worden ist, nahm überraschend am 22. November ihren Rücktritt. Zu ihrem Nachfolger wurde der bisherige Schatzkanzler John Major gewählt. Auch in England ist die Mutation an der Spitze auf wahlstrategische Überlegungen zurückzuführen; der Wahltermin naht und die regierende Partei befürchtet unter der bisherigen Führung, die an Attraktivität eingebüßt hat, eine Niederlage. Labour ist nämlich wieder im Aufstieg begriffen, und dies um so mehr, als die vormals von Labour abgesplitterte «Social Democratic Party», mit welcher sich die altehrwürdigen Liberalen zusammengeschlossen hatten, im Sommer 1990 aufgelöst worden ist. Labour wird nun also als Oppositionspartei nicht mehr durch diese Konkurrenz geschwächt.

Schliesslich noch ein Blick auf Italien.



Sieg für «Spirit of Biel»

Gegen starke Konkurrenz (vor allem aus Japan) holte sich das Solarmobil «Spirit of Biel» der Ingenieurschule von Biel den Sieg im Solarmobilrennen quer durch Australien. 3005 Kilometer wurden in blass 48 Stunden reiner Fahrzeit zurückgelegt.
(Photo: Weltwoche-Bilderdienst, Zürich)

Wieder einmal kam es zu einem Regierungswechsel. Die Regierung Andreotti ist im April zurückgetreten und durch eine neue Regierung ersetzt worden. Diese hat wiederum Andreotti zum Ministerpräsidenten; dieser klevere Exponent der «Democrazia Cristiana» hat damit zum siebten Mal diese Charge inne! Allerdings hat sich bei diesem Wechsel die Regierungskoalition um eine Partei, die Republikaner, auf nunmehr deren nur noch vier vermindert.

Die Schweiz kann auf ein recht gutes Jahr zurückblicken. Die innenpolitischen Turbulenzen des Vorjahres sind weitgehend abgeklungen; dafür steigen langsam im Bereich der Außenpolitik Probleme am Horizont auf, die mit der Stellung der Schweiz im künftigen Europa verbunden sind. Die Verhandlungen zwischen EFTA und EG über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind für

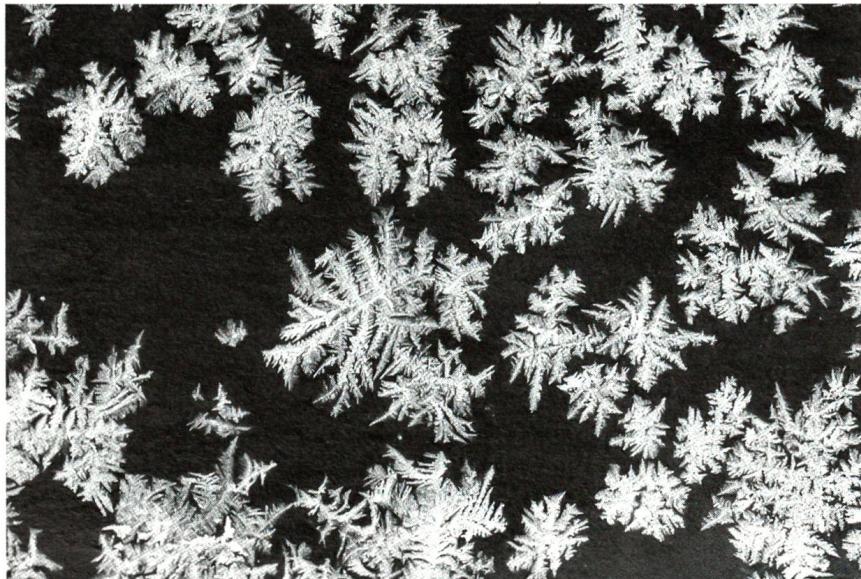
die Schweiz alles andere als wunschgemäß verlaufen. Die Unterzeichnung des EWR-Vertrags durch die Schweiz erscheint noch durchaus als ungewiss. Es sieht ganz so aus, als ob jetzt seitens des Bundesrats der Beitritt der Schweiz zur EG angepeilt werde, nachdem der EWR so oder so keine verlässliche Dauerlösung sein wird. Die Vor- und Nachteile des EG-Beitritts werden analysiert, und die öffentliche Diskussion ist in Gang gekommen. Auf der anderen Seite erhält eine im Oktober lancierte Volksinitiative betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aber nur flache Unterstützung der Stimmübler; bis Frühjahr 1991 ist dafür noch nicht einmal die Hälfte der erforderlichen 100 000 Unterschriften zusammengekommen!

Die Wirtschaftslage der Schweiz blieb trotz deutlichen Rezessionserscheinungen in der Welt immer noch erfreulich gut. Das Wirtschaftswachstum war allerdings, wie erwartet, abgeschwächt auf nur noch 1,7 %, allerdings bei einer Zunahme der industriellen Produktion um immerhin 3,6 % und einer Arbeitslosenquote von weniger als 1 %. Weniger erfreulich ist die

Teuerungsrate, die immer noch hartnäckig auf dem Stand von ca. 6 % verharrt. Obwohl die Nationalbank unbeirrt ihre restriktive Geldpolitik weiterverfolgt, ist noch kein Rückgang der Teuerungsrate in Sicht. Auch die Hypothekarzinsen sind für schweizerische Verhältnisse ungewohnt hoch; sie scheinen aber nun den Zenit der Aufwärtsbewegung überschritten zu haben.

Was die Staatsfinanzen anbelangt, so hat die Finanzrechnung des Bundes einmal mehr mit einem hohen Überschuss von über einer Milliarde Franken abgeschlossen, was auf die über Erwartungen hohen Erträge der Verrechnungssteuer und der Warenumsatzsteuer zurückzuführen ist, die konjunkturabhängig sind. Aber alle Indizien deuten darauf hin, dass, nachdem die Gesamtrechnung des Bundes bereits rote Zahlen ausweist, die Reihe der fetten Jahre für den Bundeshaushalt nun zu Ende geht. Im übrigen wird der Aufwand für die SBB bei sinkender statt steigender Rentabilität zusehends grösser; und auch die PTT haben nunmehr für 1990 ein Defizit von 97 Millionen erbracht. Beide Bundesbetriebe nahmen ziemlich saftige Tariferhöhungen vor, die nota bene auf den Lebenskostenindex durchschlagen und der hausgemachten Teuerung noch Vorschub leisten.

Unter den eidgenössischen Urnengängen war die Volksabstimmung vom 23. September von weiterreichender Bedeutung. In dieser Abstimmung hatte sich das Schweizervolk zur Energiepolitik auszusprechen. Es war zu zwei Volksinitiativen im Zusammenhang mit der Kernenergie und zu einer Verfassungsänderung, welche die Grundlage für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche



Kälte und Eisblumen im Winter 1990/1991
(Photo Hansueli Trachsler, Bern)

Energieversorgung auf der Basis von erweiterten Bundeskompetenzen schaffen sollte, Stellung zu beziehen. Die eine der beiden sog. Atominitiativen sah schlechthin den Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie vor, während die andere einen Baustopp für alle Anlagen der Kernenergie auf zehn Jahre bewirken sollte. Die radikalere Initiative wurde mit 52,9 % Neinstimmen verworfen, die zweite mit 54,6 % der Stimmen angenommen, so dass also von jetzt an im Bereich von nuklearen Bauvorhaben bis ins nächste Jahrzehnt hinein ein striktes Moratorium gilt. Was den Energieartikel betrifft, so wurde dieser mit 71 % Ja-Stimmen und von allen Ständen angenommen. Trotz der Wichtigkeit der Abstimmungsthemen betrug aber die Stimmabstimmung nur knappe 39,6 %.

In der Volksabstimmung vom 3. März war über zwei Vorlagen zu entscheiden, deren eine die Einführung des Stimmrechtsalters von 18 Jahren, deren andere in erster Linie die Frage zum Gegenstand hatte, ob Treibstoffzollgelder, die heute nur für Strassenzwecke verwendet werden dürfen, in Zukunft auch zur Finanzierung der SBB herangezogen werden sollten. Das Stimmrechtsalter 18 wurde mit 72,8 % der Stimmen gutgeheissen, die SBB-Initiative des Landesrings mit 62,9 % der Stimmen abgelehnt. Die Stimmabstimmung war mit nur 31 % noch geringer als beim Urnengang im September.

Das Parlament hatte sich mit einer Reihe wichtiger Geschäfte zu befassen. In der Sommersession 1990 wurde zum dritten Mal das Asylgesetz revidiert, wobei es vor allem um eine Beschleunigung des Verfahrens und um die



Nächtliches Stimmungsbild um Weihnachten bei Kirchlindach
Der Winter 1990/1991 brachte auch dem Mittelland wieder einmal
richtige Schneefälle.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Schaffung eines Bundesamts für Flüchtlinge ging. In der Frühjahrssession passierte, allerdings ohne jede Begeisterung, das Alpenbahuprojekt für zwei Basistunnel durch Gotthard (49 km Länge) und Lötschberg (28 km) den Nationalrat. Das kühne Bahnbau-Vorhaben, ursprünglich mit 10 Milliarden budgetiert, verzeichnet jetzt schon einen Kostensprung auf 24 Milliarden. Das Projekt ist nicht für den internen Verkehr, sondern für die Bewältigung des europäischen Güterverkehrs im Transit auf der Nord-Süd-Achse bestimmt. Der Schwerlastverkehr soll von der Strasse auf die Schiene geschleust werden.

Erwähnenswert ist eine auf Januar anberaumte dreitägige Sondersession, in welcher ein neues Bundesgesetz über Hilfe an die Opfer von schweren Straftaten gebilligt wurde und im Nationalrat die Hochschulförderung, das ETH-Gesetz sowie die Revision des bäuerlichen Bodenrechts traktiert wurden. Aber den Löwenanteil von Interesse und Zeit nahm das plötzlich hochaktuell gewordene Thema des Golfkriegs in Anspruch. Darüber wurde in beiden Räten eingehend diskutiert; der Bundespräsident hielt dazu

vor der Vereinigten Bundesversammlung eine vielbeachtete Rede. Nach der Abhaltung einer «Frauensession» am 7./8. Februar kam es ein weiteres Mal zu einer Sondersession am 2./3. Mai, die als Jubiläumssession zur 700-Jahr-Feier gelten sollte. In deren Verlauf wurde eine Anzahl von Festreden, darunter eine eindrucksvolle Ansprache von Nationalrat Sigmund Widmer (Zürich) mit geschichtlichen Bezügen, gehalten. Und im Nationalratssaal kam die Komödie «Herkules und der Stall des Augias» von Dürrenmatt zur Aufführung, eine ziemlich gewagte Novität, die übrigens nicht überall Anklang gefunden hat.



Berner Spitalbetten für Osteuropa
Das Mobiliar des geschlossenen Berner Viktoriaspitals wurde im März 1991 von der Hilfsorganisation Brockenstube in Spitäler in Osteuropa transportiert, wo medizinische Einrichtungen Mangelware sind.
(Photo Christoph Hoigné, Oberdiessbach)

Die routinemässigen Wahlen im Dezember brachten Nationalrat Ulrich Bremi (FDP, Zürich) und im Ständerat Max Affolter (FDP, Solothurn) für das letzte Jahr der laufenden Legislatur auf den Präsidentenstuhl. Dem letzteren war allerdings nur eine ganz kurze Amtszeit vergönnt. Nach seinem plötzlichen Tod wurde Arthur Hänsenberger (FDP, Bern) für den Rest des Jahres zum neuen Ständeratspräsidenten bestimmt. Zum Bundespräsidenten für 1991 wurde Bundesrat Flavio Cotti mit 161 Stimmen und zum Vizepräsidenten Bundesrat René Felber mit 160 Stimmen gewählt. Eine kleine Sensation bildete bei den Bundesrichter-Wahlen, dass der Basler Martin Schubarth (SP) zunächst nicht bestätigt worden ist; mühsam konnte er erst in einer späteren Nachwahl zum Ziel kommen.

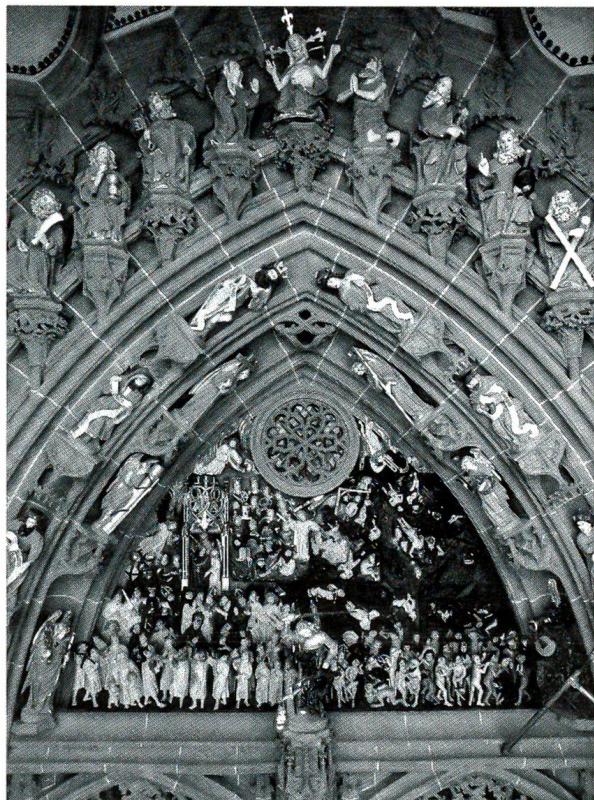
Im Personellen sind einige bedeutsame Ereignisse aufzulisten. Die beiden Weltruf geniesenden schweizerischen Schriftsteller der Nachkriegszeit, Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch, sind kurz nacheinander verstorben, der erstere am 14. Dezember im Alter von 70 Jahren, der letztere am 4. April, zehn Jahre älter. Staatssekretär Edouard Brunner, heute Botschafter in Washington, ist von UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar zu seinem Sonderbeauftragten für den Nahen Osten berufen worden. Der Bundesrat hat ihn für diese ebenso ehrenvolle wie heikle internationale Charge nur zur Hälfte freigegeben; er bleibt nämlich auch weiterhin im Dienst des Bundes als Botschafter. Der bisherige Delegierte für Flüchtlingsfragen, Arbenz, ist zum Direktor des neu geschaffenen Bundesamts für Flüchtlinge bestellt worden; er hat sich verpflichtet, dieses exponierte Amt bis Ende 1992 zu versehen. Als Demissionäre figurieren Bundeskanzler Buser, der auf Ende Juni 1991 altershalber seinen Rücktritt nimmt, sowie BIGA-Direktor Klaus Hug, der sich als selbständiger Rechtsanwalt zu etablieren wünscht.

Besuche von ausländischen Regierungsmitgliedern werden so zahlreich, dass sie kaum mehr besondere Erwähnung verdienen; und das gleiche gilt auch hinsichtlich der unzähligen Reisen der Bundesräte ins Ausland. Ein «grosser Bahnhof» galt diesmal am 17. Oktober Fürst Hans Adam II. von Liechtenstein und sei-

ner Gemahlin. In der Reihe anderer Gäste hohen Ranges figurierten am 22. Mai der Präsident der Republik Südafrika, de Klerk, und am 22. November der Präsident der Tschechoslowakei, Václav Havel. Auf der anderen Seite wurde Bundesrat Delamuraz am 26. Juli in Washington von Präsident Bush empfangen.

* * *

Noch ein selektiver Blick auf die Ereignisse im *Kanton Bern*. Am 5. Juni wurde Thomas Ryden (SVP) zum neuen Präsidenten des Grossen Rats, Marc Studer (FDP) zum ersten Vizepräsidenten und Eva-Maria Zbinden (LdU) zur zweiten Vizepräsidentin gewählt. Zum Regierungspräsidenten wurde Peter Schmid (SVP) erkoren, wobei gleichzeitig eine neue Verteilung der Departemente vorgenommen wurde. Aus der Tätigkeit des Grossen Rats ist die am 16. August mit knappem Mehr erfolgte Ablehnung eines schrittweisen Ausstiegs aus der Atomenergie zu erwähnen, ferner die Ablehnung eines Antrags auf Einführung einer den Frauen reservierten Quote von Sitzen, die Zustimmung zur Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems sowie die grundsätzliche Zustimmung zu einer S-Bahn für die Agglomeration Bern in der Januar-Session. Zu einer harten Auseinandersetzung kam es im Grossen Rat am 12. Oktober im Zusammenhang mit dem Voranschlag des Kantons für 1991, in welchem die Regierung mit einem Defizit von 228 Millionen bei einem Aufwand von 5,3 Milliarden aufwartete. Das Kantonsparlament hielt einen Fehlbetrag in dieser Grössenordnung für unannehmbar und kürzte im November das Budget um 100 Millionen. Wie berechtigt die Kritik am Finanzgebaren des Kantons war, sollte sich Anfang März zeigen, als die Staatsrechnung des Kantons mit einem Defizit von 386 Millionen präsentiert werden musste, das um saftige 168,7 Millionen das Budget für 1990 überschritt! Dass die finanziellen Verhältnisse aus dem Lot geraten sind, sollte sich übrigens im gleichen Monat auch in der Stadt Bern zeigen, die für 1990 ihrerseits ein Defizit von 11,3 Millionen aufweist, nachdem die Stadt vorher während nicht weniger als 15 auf-



Das «Jüngste Gericht» am Berner Münster restauriert
Diese prachtvolle Darstellung am Eingang des
Münsters ist nach dreissig Jahren Arbeit wieder in
ganzer Schönheit zu sehen.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

einanderfolgenden Jahren schwarze Zahlen geschrieben hatte.

Am 10. Juni fand eine Volksabstimmung über drei Vorlagen statt. Das neue Religionsgesetz wurde mit 60,5 % Nein-Stimmen abgelehnt, während die Projektstudie für einen Neubau des kantonalen Frauenspitals mit 74,7 % Ja-Stimmen und das Erwachsenenbildungsgesetz mit 56,7 % Ja-Stimmen angenommen wurde. In der Stadt Bern wurde eine Initiative für die Umwandlung des Reitschul-Areals in eine Sportanlage am 2. Dezember überraschend abgelehnt. Das sich in schlechtem baulichem Zustand befindende Gebäude der Reitschule war andertthalb Monate vorher durch Brandstiftung teilweise eingäschert worden. Um dieses als Ju-

gendzentrum benutzte Gebäude zieht sich schon jahrelang eine erbitterte Kontroverse parallel zu Meinungsverschiedenheiten über die Lösung des dornenvollen Drogenproblems hin. In letzterer Beziehung liess der Berner Gemeinderat den Treffpunkt der Drogensüchtigen auf der Kleinen Schanze polizeilich schliessen, worauf sich dieser auf die Bundesstrasse verschob, die ihrerseits wieder von der Polizei geräumt wurde. In bezug auf dieses Problem zeigt sich in Bern, wie übrigens auch in Zürich, eine bemühende Ratlosigkeit, was zu tun sei.

Das Jura-Problem hat immer noch seine Weiterungen. Am 13. März erklärte das Bundesgericht die Laufental-Abstimmung, in welcher sich eine Mehrheit für einen Anschluss dieses aus der Erbschaft des Fürstbistums Basel zum Kanton Bern geschlagenen Gebiets für den Anschluss an den Kanton Basel-Landschaft ausgesprochen hatte, für gültig. Dies, obwohl einige Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit diesem Plebisitz auch vom Bundesgericht festgestellt worden sind. Das Bundesgericht lehnte gleichzeitig zwei Beschwerden des Kantons Jura ab, mit welchen einerseits eine Wiederholung der Volksabstimmung von 1974 über die Lostrennung des Jura gefordert, andererseits die Vermögensausscheidung zwischen Bern und dem Kanton Jura angefochten worden ist. Das KKW Graben hat am 20. August vor Bundesgericht eine Klage gegen den Bund wegen der Verweigerung der Rahmenbewilligung unter gleichzeitiger Forderung einer Abgeltung von 300 Millionen eingereicht.

Nicht wenig Aufsehen erregte ein Urteil des Kassationsgerichts des Kantons Bern, das eine Revision des Prozesses Zwahlen guthiess, nachdem sich erwiesen hat, dass das damalige Gutachten in diesem sensationellen Mordprozess schwere Mängel aufweist. Zwahlen ist hierauf unverzüglich aus der Haft entlassen worden. Die Kabalen um das Gerichtsmedizinische Institut haben mit der Wahl eines Nachfolgers von Prof. Zink und eines neuen Stellvertreters ihren Abschluss gefunden. Dieses Institut ist nunmehr in «Institut für Rechtsmedizin» umgetauft worden. Auch der Flugplatz Belpmoos hat in der Person des Garagisten und früheren Präsidenten

des Aero-Clubs, Christen, einen neuen Leiter gefunden. Weil die Ausbaupläne mit Kosten von ca. 20 Millionen in Frage gestellt sind, sind seitens der Crossair Frequenzverluste zu beklagen. Die britische Danair fliegt Bern nur noch am Wochenende an, während die belgische Sabena aus dem Mitbetrieb der Linie Bern-Brüssel ausgestiegen ist.

Die Wirtschaftsszene des Kantons Bern verzeichnete in der Berichtsperiode mehrere einschneidende Veränderungen, darunter die Übernahme der Baufirma Losinger durch den französischen Bouygues-Konzern, des Jacobs-Suchard-Konzerns, der seinerzeit die alteingesessene Schokoladenfabrik Tobler absorbiert hatte, durch die amerikanische Philip Morris sowie der Kartonfabrik Deisswil durch eine österreichische Firma. Nicht zuletzt aber hatte auch der Kollaps der verschachtelten Holding von Werner K. Rey Auswirkungen auf Bern. Die Berner Kantonalbank wird wohl mit einem hohen Millionenverlust hängen bleiben; Bern war Hauptsitz von Reys Firma Omni.

Erwähnung verdient schliesslich, dass nach 30 Jahren der Restaurierungsarbeiten das Hauptportal des Berner Münsters in seiner alten Pracht wiedererstanden ist. Es wurde am 11. April mit seinen mittelalterlichen Skulpturen des Jüngsten Gerichts, die wie durch ein Wunder vom Bildersturm in der Reformationszeit verschont geblieben sind, feierlich enthüllt. Am 7. Mai erfolgte die Eröffnung des Strassentunnels am Bielersee, der die Winzerdörfer Ligerz und Schafis nunmehr vom lästigen und gefährlichen Durchgangsverkehr entlastet.

Hans Rudolf Böckli

Farben und Lacke

für Holz, Beton, Eisen
Fachmännische Beratung bei

Schneider Farbwaren

Waisenhausplatz 26 Tel. 031 / 22 12 49
3000 Bern